

Nach der Ecopop-Ablehnung – bei null beginnen?!



Adrian Pulver,
SD-Zentral-
sekretär, Bern

Das Schweizer Volk hat entschieden! Am 30. November 2014 wurde die Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» mit 74,1% abgelehnt. Sowohl das Stände- als auch das Volksmehr verpasste man dabei deutlich. Auch ein «Röstigraben», ein «Stadt-Land-Konflikt» oder sonstige kantonale Gegensätze waren nicht zu erkennen. Eine Analyse der politischen Inhalte während des gesamten Abstimmungskampfes zeigt jedoch rasch auf, dass die Gegner einer Beschränkung der Zuwanderung seit jeher mit denselben Argumenten operieren. Anstatt ein intelligentes, durchdach-

POSTCODE

AZB 3001 Bern

tes und pragmatisch formuliertes Anliegen wie die Ecopop-Initiative als Denkanstoss für mehr ökologische Nachhaltigkeit als solches zu betrachten, wurden den Initianten Pamphlete über Wirtschaftszersplitterung und Gefährdung der Sozialwerke sprichwörtlich an den Kopf geworfen. Ecopop und die Schwei-

zer Demokraten (SD) traten alleine gegen die vereinigte «classe politique» (die SVP ist Teil davon), welche über ein Millionenbudget verfügte, an. Die Stimmbeteiligung lag bei 49,5% und war eher durchschnittlich. Daraus lassen sich zwei Vermutungen eines möglichen Abstimmungsverhaltens entnehmen, wobei vergangene Urnengänge als Vergleich herangezogen werden. Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative profitierte von einer hohen Mobilisierung der Befürworter, zumal ganze 56% der Stimmbürger am Urnengang teilnahmen. Somit blieben dieses Mal unter anderem etliche Kritiker einer Überbevölkerung zu Hause. Des Weiteren wäre in diesem Fall allerdings eine tiefere Partizipation (unter 46%) vonnöten gewesen. **Diese Tatsache beweist den Meinungsumschwung vieler Befürworter der Initiative «gegen Masseneinwanderung».**

Die Nein-Parole der SVP stellt hierbei eine wesentliche Ursache dar, sodass letztlich überhaupt ein Endresultat in dieser Deutlichkeit zustandekommen konnte.

Neben den ungleichen finanziellen Ressourcen erhält in werbetechnischer Hinsicht auch das Ecopop-Komitee teilweise schlechte Noten. Die traditionellen Benutzer der sogenannten «Rassismuskeule», diese durften selbstverständlich nicht fehlen, konnten sich hiermit noch zusätzlich freuen. **Wenn man eine emotionell-ideologische Distanz stärker als die Notwendigkeit sämtlicher politischer Mitstreiter gewichtet, so ist es nicht verwunderlich, dass am Ende selbst ein Teilerfolg ausbleibt.**



Die vier Präsidenten der Bundesratsparteien sind in Sachen Beschränkung der Zuwanderung wenig interessiert.

Liebe Gesinnungsfreunde

Wir möchten es nicht unterlassen, Ihnen alles Gute und viel Kraft für das neue Jahr zu wünschen. Das Jahr 2015 steht ganz im Zeichen der eidgenössischen Parlamentswahlen, wobei die Schweizer Demokraten (SD) in möglichst vielen Kantonen mit eigenen Listen antreten wollen. In diesem Sinne weisen wir Sie auf den beiliegenden Einzahlungsschein hin. Wir bedanken uns für Ihre Treue und Ihre Unterstützung.

Ihre SD-Parteileitung

Präsident Benno Büeler und seine Gefolgsleute setzten sich bei jeder Gelegenheit gegen die üblichen Schubladisierungen heftig zur Wehr, was jedoch die Argumentationsqualität für die eigene Initiative schmälerte. **Man stiftete bei potenziellen Befürwortern Verwirrung und löste mitunter Unverständnis aus.** Letztendlich brachten demnach alle diese negativen Elemente bei persönlichen Gesprächen mit den Leuten eine Vielzahl ablehnender Argumente zum Vorschein. So

war den Stimmbürgern die Ecopop-Initiative angeblich «zu extrem» oder zu wenig notwendig (Bezug zur Masseneinwanderungsinitiative).

Für die Schweizer Demokraten (SD) ist die jetzige Situation eine klare Verschlechterung. Das Ergebnis vom 9. Februar 2014 ändert daran nichts.

Fortsetzung Seite 2

Am 9. Mai 2015 findet im Restaurant «Dietiker» in Suhr (siehe auch Veranstaltungshinweise auf Seite 5) die nächste schweizerische Mitgliederversammlung statt. Sämtliche SD-Mitglieder sind herzlich eingeladen. Die Parteileitung freut sich auf Sie.

Nach der Ecopop-Ablehnung – bei null beginnen?!

Fortsetzung von Seite 1

Wille und Mut fehlen gänzlich

Die Erläuterungen, welche die Präsidenten der Bundesratsparteien zum Ecopop-Nein abgaben, waren an fehlender Ehrlichkeit kaum mehr zu übertreffen. Die SP lässt deutlich durchblicken, den Volksentscheid zur Masseneinwanderungsinitiative aushebeln zu wollen, zumal das Stimmvolk in hinterlistiger Manier mit einer erneuten Volksabstimmung, über die bilateralen Verträge als solches, geködert werden soll. Ein demokratisches Verhalten sieht anders aus. Als Ablenkungsmanöver benötigen die Sozialdemokraten das Erwähnen von Fördermassnahmen (bessere Ausschöpfung des Potenzials an Arbeitskräften im Inland), die so schlecht gar nicht wären, **wobei die SP-Strategie von vornherein ein devotes Verhalten gegenüber der EU erfordert.** Drohungen und Rügen der EU-Verantwortlichen führen somit de facto zu einer Verweigerung gemeinsamer Gespräche.

Es ist vollkommen üblich, dass die Verhandlungspartner für einen grösstmöglichen eigenen Erfolg einander mehrmals die Zähne zeigen. Dies stellt einen wichtigen Aspekt der Verhandlungstechnik dar.

Der springende Punkt der aktuellen sozialdemokratischen Sicht der Dinge beweist erst die momentane unterschätzte Dramatik. Der hohe Nein-Anteil zur Ecopop-Initiative dient verglichen mit dem äusserst knappen Ja zur Initiative «gegen

Masseneinwanderung» als Hauptargument gegen eine allgemeine Beschränkung der Zuwanderung. Das Schweizer Volk will angeblich weder eine fixe noch eine allzu tiefe Einwanderungsquote und somit also nicht einmal Kontingente.

Unverfroren spricht die SP von einem Zufallsmehr und betrachtet die beiden unabhängigen Volksvoten respektlos als Bestätigung der Parteideologie.

Spätestens an dieser Stelle kommt das verheerende Nein der SVP zu Ecopop zum Tragen. Die Volkspartei nimmt ihren mitverursachten Schaden wahrscheinlich kaum zur Kenntnis. Bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative betonen die SVP-Exponenten gleichzeitig die Aufnahme von Neuverhandlungen und die direkte Kündigung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit. Es erscheint offensichtlich, dass eine allfällige Einwanderungsbegrenzung höchstens moderat, allenfalls gar nicht, erfolgen soll. **Die Bedürfnisse der Wirtschaft nach hohen Kontingenten werden stärker gewichtet.**

Sogar ein zusätzliches Bevölkerungswachstum, welches den heutigen Zustand verschärft, riskiert die wirtschaftsliberale SVP.

Dennoch fürchten die Parteistrategen den drohenden Verlust von Wählerstimmen und müssen zumindest den Eindruck vermitteln, etwas gegen die Zuwanderung mittels Kündigung der Personenfreizügigkeit tun zu wollen. Die Komplexität des Textes der Initiative



Die RASA-Initianten stellen die Volksrechte allgemein in Frage.

«gegen Masseneinwanderung» erschwert ohnehin eine entsprechende Umsetzung, **sodass plötzlich noch wesentlich gefährlichere Geister gerufen werden.**

Dreister Angriff auf Volksentscheid

Eine Gruppe namens «Raus aus der Sackgasse» plant den Staatsstreich schlechthin und hat sogar hochoffiziell eine Volksinitiative zur Sistierung der Masseneinwanderungsinitiative lanciert. Das Vorhaben ist an antidemokratischem Aktionismus nicht mehr zu überbieten und stellt neben den politischen Volksrechten auch die Grundwerte der Schweizerischen Eidgenossenschaft mit dem Volk als Souverän des Staates infrage.

Ohne zu übertreiben und emotionell ungehalten zu reagieren, darf erwähnt werden, dass die Missachtung eines Volksentscheides kaum jemals zuvor in einer solchen offensichtlichen Art und Weise stattfand.

Das Initiativkomitee beinhaltet mehr oder weniger prominente Personen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport, **was etwas an einen gewissen Feudalismus erinnert.** Dabei können etwa die ehemalige CVP-Nationalrätin Rosma-

rie Zapfl, der alt-Bundesgerichtspräsident Giusep Nay, der Geschichtspräsident Georg Kreis, der Clown Dimitri sowie der Fussballer Andy Egli aufgezählt werden. Die SVP fühlt sich bezüglich ihrer Initiative sehr sicher und glaubt, das Schweizer Volk hinter sich zu haben.

Die Schweizer Demokraten (SD) schauen einer allfälligen Volksabstimmung ebenfalls optimistisch entgegen, obwohl man erneut einem finanziell ungleichen Kampf ausgesetzt wäre. Umso wichtiger sind daher baldmöglichste Massnahmen gegen die heutige Übervölkerung.

Forderungen der SD

Die einfachste Lösung des Problems bildet die ersatzlose Kündigung der Personenfreizügigkeit. Damit kann auf ungewisse Verhandlungen mit der EU verzichtet werden. **Vor 2002 rekrutierte jeweils die Schweizer Wirtschaft die benötigten Arbeitskräfte ebenfalls ohne Probleme.** Entsprechende Gesuche würden ohne Probleme bewilligt. Andererseits ist die EU selbst an mehreren Abkommen des bilateralen Pakets interessiert und verzichtet daher kaum auf das für den internationalen Transit elementare Landverkehrsabkommen. **Des Weiteren fordern die Schweizer Demokraten (SD) eine Abgabe für Arbeitgeber, die ihr Personal im Ausland beschaffen.**

Das in Sachen Einwanderung turbulente Jahr 2014 legt eindeutig dar, dass lediglich die SD eine konsequente restriktive Ausländerpolitik betreiben.

Den Asylunsinn abschaffen?

Die Genfer Flüchtlingskonvention enthält fundamentale Mängel: Haben sich die Verhältnisse im Herkunftsland eines Asylanten normalisiert, **muss dieser nicht zurück, sondern kann für den Rest seines Lebens – oft auf unsere Kosten und samt Anhang – bei uns bleiben.** Straffällige Asylanten dürfen nicht ausgeschafft werden. Lügt ein Asylbewerber bei der Befragung oder verhält sich renitent, so hat dies nicht den Abbruch des Asylverfahrens und die Wegweisung zur Folge. **Im Zweifelsfall erhalten Asylbewerber mitunter sogar den Status als «vorläufig Aufgenommene», das heisst sie können bei uns bleiben.**

Geht ein Asylant in sein Herkunftsland, in dem er angeblich verfolgt wird, in die Ferien, **ist dies für seine Anerkennung als «Flüchtling» unerheblich.**

Hohe Gesuchszahl dank Asylindustrie

«Barmherzige» Mitarbeiter des Asylwesens machen unser Land zu einem Eldorado für Flüchtlinge. Betreuer, Asylanwälte, Integrationsbeauftragte und Übersetzer sowie die quersubventionierten Asyl-Propagandisten haben nämlich handfeste finanzielle Interessen: **Sie wollen von den Milliarden, welche jährlich für das Asylwesen ausgegeben werden, einen mög-**

lichst hohen Anteil in Form von Löhnen kassieren.

Die Aktivitäten dieser «Gutmenschen» führen andererseits dazu, dass immer mehr «Flüchtlinge» die Schweiz als Zielland auswählen.

Kündigung der Flüchtlingskonvention?

Wir haben nach Schweden prozentual zur Einwohnerzahl die meisten Asylanten, Tendenz stark steigend. **Als logische Konsequenz drängt sich deshalb eine Kündigung der unseligen Genfer Flüchtlingskonvention auf.**

Selbstverständlich würden dann in- und ausländische Profiteure des Asylwesens, die UNO sowie Hilfswerke und fragwürdige NGO's mit vereinten Kräften über uns herziehen.

Ein lösungsorientierter Bundesrat könnte sie jedoch auffordern, dafür zu sorgen, **dass die anderen Länder prozentual den gleichen Anteil an «Flüchtlingen» aufnehmen wie wir. Danach würde man wieder diskutieren.** Damit hätte die Schweiz ein prägnantes Zeichen gesetzt.

Otto Weiersmüller,
Uetikon

Wir müssen tanzen, solange die Musik spielt!



Valentin
J. Oehen,
e. Nationalrat,
Köniz

So soll ein englischer Banker seinen Kollegen Lloyd Blankfein, den Chef der Goldman-Sachs-Bank, vor einem Abgeordnetenausschuss verteidigt haben, wo ihm ein verbrecherisches Verhalten wegen des Verkaufs wertloser Hypotheken (im Umfang von 40 Milliarden Dollar) vorgehalten wurde. Gleichzeitig versicherte er seine Bank wegen des möglichen Zusammenbruchs der Käuferbank. Und Blankfein selbst behauptete: «Im Zusammenhang mit Marketingoptimierung ist das kein Verbrechen!» Tatsächlich sind die neoliberalen Anhänger der Lehre von Milton Friedman der «heiligen» Überzeugung, dessen Lehre sei falsch. **Und die verheerenden Folgen der Überschuldung, der Arbeitslosigkeit, des Hungers in der Welt, der Wirtschaftskriege usw. seien auf die ungenügende Durchsetzung von Friedmans Lehre zurückzuführen.**

Friedmans Lehre in Kurzform

1. Konsequente Privatisierung aller öffentlichen Institutionen – von den Verkehrsträgern – Bahnen, Autobahnen, Brücken – bis zu den sozialen Werken AHV, IV, Krankenversicherungen, Spitäler, Altersheime usw. Nur private Eigentümer würden gut wirtschaften und Wohlstand schaffen.

Dies unbekümmert um die Tatsache, dass im reinen Kapitalismus unerträgliche soziale Gegensätze geschaffen werden.

Wo unerträgliche private jährliche Einkünfte im Millionen- respektive Milliardenbereich von Einzelpersonen für ein Leben in Würde ungenügende Einkünfte der Massen gegenüberstehen. Wo sogar die Basis-Lebensmittel zu Spekulationsobjekten degradiert werden (von Goldman-Sachs seit dem Jahr



Eine privatisierte Notenbank (Bild: Sitz des «Federal Reserve», kurz Fed) ist ein Indiz für ein liberales Wirtschaftssystem ohne jeglichen Ausgleich. Auf diese Weise werden sämtliche Interessen dem Profit geopfert.

2007) und damit die Lebensmittelpreise für Millionen von Menschen in den Ländern der Dritten Welt unerschwinglich werden.

2. Die Deregulierung der Märkte, da nach Friedmans Lehre nur unkontrollierte Märkte Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht bringen. Was dazwischen passiert, ist den Neoliberalen gleichgültig. **In der reinen Marktwirtschaft werden die Grenzen für Importe geöffnet (ohne zolltechnischen und anderen Einschränkungen) und drücken die einheimischen Arbeitseinkommen auf «Weltniveau».** Was das sowohl für die Landwirtschaft von klimatisch und topographisch wenig begünstigten Gegenden wie auch für die Idee der dezentralen Besiedelung und des sozialen regionalen Ausgleichs bedeutet, **legt die gegenwärtige Entwicklung in unserem Lande unmissverständlich dar.**

3. Der Rückbau der staatlichen Institutionen, da angeblich nur Eigeninitiative und Eigenverantwortung Fortschritte zu bringen vermögen. Das bedeutet, den Nachwächterstaat wieder zu beleben, alle Ausgleichsfunktionen des Staates aufzugeben und nur noch den Wettbewerb spielen zu lassen. Eine Kopie der darwinistischen Entwicklungslehre ist also auch

für die heutige Gesellschaft anzuwenden!

Sichtbare Theorie

Auf diesen Grundannahmen versteht man die Überschwemmung der Volkswirtschaften mit wertlosen Papierdollars, die Anstrengung der Zwei-Prozent-Inflation, die Abneigung des Bankensektors gegenüber den Bestrebungen für eine Geldwertstabilität mit der Rücknahme des Rechts zur Geldschöpfung durch den Staat.

Das Recht zur Geldschöpfung wurde seinerzeit durch die Gründung der FED dem Staat entrissen und privatisiert!

Das Zinseszins-Desaster!

In den Industriestaaten des Westens sind im Schnitt 40 bis 50 Prozent der Endpreise aller Konsumgüter verdeckte Zinseszinszahlungen.

Es findet eine permanente Umverteilung der Einkommen von der «Arbeit» zum «Kapital» statt.

Gleichzeitig sind die Zinszahlungen des Staates zur Bedienung ihrer Schulden in der Regel der zweitgrösste Budgetposten; **Beträge, die für die Lösung der Staats-**

aufgaben schlicht fehlen und durch immer neue Steuern oder Gebühren von der breiten Bevölkerung aufgebracht werden müssen.

Was ist zu tun?

Unzweifelhaft sind die oben ange deuteten Missstände durch ein modernes/altes Geldsystem zu beheben. Wir benötigen feste Geldwerte (sei es durch teilweise oder völlige Golddeckung oder durch sogenanntes Schwundgeld), **ein neues Finanz- und Wirtschaftssystem mit überblickbaren Wirtschaftsräumen ohne Gigantismus von Konzernen und die bewusste Förderung einer sozialen Gemeinschaft.** Schliesslich ist der Krieg als Sanierungsmassnahme weltweit zu ächten.

Denn neben den menschlichen Leiden ist Krieg stets auch eine gigantische Vernichtungsmaschine materieller und moralischer Werte.

Schlusswort

Solange die Musik (lies Politik) die gleiche Melodie spielt – das heisst den Banken die Macht des Geldes überlässt, ihre Gewinne Privatsache bleibt, die Zahl der Milliardäre laufend zunimmt und die neoklassische Wirtschaftstheorie das Leitmotiv der Melodie bleibt – solange werden wir nicht aus den Schwierigkeiten der sich wiederholenden Finanz- und Strukturkrisen herauskommen!

Adressänderungen

Die Post sendet nach Ablauf der Nachsendefrist das an Sie adressierte Exemplar der Zeitung «Schweizer Demokrat» zurück und meldet uns Ihre neue Adresse nicht mehr.

Bitte melden Sie daher Ihre allfälligen Adressänderungen frühzeitig an
SD, Postfach 8116, 3001 Bern,
E-Post: schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie sichern sich damit den lückenlosen Empfang Ihrer Zeitung. (Red.)

Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative: Spätestens jetzt ist der richtige Zeitpunkt für die Kündigung der Personenfreizügigkeit gekommen.

10 Prozent der Milchkühe tragen Hörner – das soll die «Hornkuh-Initiative» ändern

Wenn wir durch die Schweiz fahren, sehen wir überall auf den Weiden prächtige Kühe mit Hörnern. Auch in der Werbung, in TV-Spots und auf Postkarten werden uns lauter glückliche Kühe mit schönen Hörnern präsentiert. **Leider sieht die Realität anders aus – nur eine von zehn Kühen darf ihre Hörner behalten, alle anderen sind «oben ohne».** Alle Kühe in Freilaufstallhaltung werden aus wirtschaftlichen Gründen enthornt. Die Hörner verleihen der Trägerin Persönlichkeit, Individualität und Würde. Sie sind aber mehr als nur ein Kopfschmuck, sie bestehen aus Knochen, Hornsubstanz und Nervenenden, **sind sehr stark durchblutet und erfüllen eine wichtige Aufgabe bei der Verdauung und dem Stoffwechsel für die Milchproduktion und beeinflussen die Milchqualität.**

Mehr Menschen mit Milchallergie

Wissenschaftliche Analysen ergaben, dass die Milch von horntragenden Kühen gehaltvoller und gesünder ist, und weniger Allergene enthält. **In allen hochtechnisierten Ländern haben Milchallergien stark zugenommen, seit die Kühe enthornt werden.** Nur bei «Demeter-Milchprodukten» können wir sicher sein, dass sie von Kühen mit Hörnern stammen.

Der älteste Bioverband der Schweiz verbietet seinen Mitgliedern konsequent das Enthornen ihrer Tiere.

Hörner sind ein wichtiges Organ für alle Rinder, sie sind eng verbunden mit den Stirn- und Nasenhöhlen und an die Zirkulation der



Die Hörner haben für den Organismus eine wichtige Bedeutung. Die entsprechende Amputation kommt einer Verstümmelung gleich.

Verdauungsorgane angeschlossen. Die aus dem Verdauungsprozess entstehenden Methangase werden über die Hörner abgebaut und umgewandelt.

Bei enthornten Tieren bleiben die Gase in der Stirnhöhle gefangen, verformen den Rinderschädel und verursachen Kopfweh und Phantomschmerzen.

Enthornen ist äusserst schmerzhaft

Bei den Kälbern ist das Enthornen in den ersten sechs Lebenswochen ohne Betäubung erlaubt. Mit einem Brennkolben werden die Hornknospen ausgebrannt. Bei den erwachsenen Rindern werden

die Hörner mit einem Sägedraht am betäubten Tier vom Tierarzt abgesägt. Dies wird im Winter ausgeführt, damit sich keine Fliegenmaden in den blutigen Hornlöchern einnisten können.

Es ist ein gravierender Eingriff mit unangenehmen Folgen für das Wohlbefinden der Tiere, aber bequemer für die Bauern.

Horntragende Kühe benötigen mehr Fläche pro Kuh, das ergibt höhere Baukosten für die Freilaufställe oder bedingt das Halten von weniger Tieren, was ein kleineres Einkommen zur Folge hat. Zusätzlich ist eine intensivere, menschenbezogenere Betreuung nötig.

Das Horn ist wichtig für die ganzheitliche Gesundheit der Rinder, dient zur Kontakt- und Körperpflege und beeinflusst das Sozialverhalten.

«Hornkuh-Initiative» wurde lanciert

Armin Capaul, ein Bergbauer aus dem Jura mit Bündner Wurzeln, kämpft seit 30 Jahren für die Hörner der Kühe und Ziegen. Er sagt: «Wir verstümmeln unsere Kühe und trinken minderwertige Milch!» Da ein Verbot nicht durchgesetzt werden kann, hatte er die Idee, den Bauern einen finanziellen Anreiz zu bieten. Wer seinen Milchkühen die Hörner lässt, soll vom Bund mit Direktzahlungen entschädigt werden. Die Finanzierung soll nicht durch höhere Subventionen gedeckt werden, sondern durch eine Umverteilung.

Am 28. September 2014 hat Armin Capaul, mit der von ihm gegründeten IG Hornkuh, die Volksinitiative «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere», genannt «Hornkuh-Initiative», lanciert.

Die Sammelfrist läuft bis zum März 2016 und ich hoffe, dass sie viele Tierfreunde zum Wohl unserer Nutztiere unterschreiben. Die Fondation Franz Weber, die Stiftung für das Tier im Recht sowie weitere Tierschutzorganisationen unterstützen dieses Anliegen. **Weitere Informationen findet man im Internet unter dem Stichwort «Hornkuh-Initiative».**

*Margrit Neukomm,
Mitglied Parteilitung der
SD Schweiz, Bern*

Blinde Zerstörungswut: 7 verletzte Polizisten

Mit grosser Betroffenheit hat der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB vom Vorfall in Zürich erfahren. Gemäss Angaben der Stadtpolizei Zürich kam es am Freitagabend zu massiven Gewaltausbrüchen, Sachbeschädigungen

und sogar Plünderungen. **Bei gezielten Angriffen der rund 200 grösstenteils vermummten Chaoten wurden sieben Polizistinnen und Polizisten verletzt.** Sie mussten im Spital gepflegt werden.

Neben Steinen, Knallpetarden und Raketen, die im Direktschuss auf die Einsatzkräfte abgefeuert wurden, kam es auch zu verschiedensten Laserattacken.

Im Zusammenhang mit den massiven Ausschreitungen wurden vier Personen wegen Landfriedensbruch und/oder Sachbeschädigung festgenommen.

Zunehmende Gewalt gegen Polizei

Der VSPB verurteilt diese Tat aufs Schärfste und wünscht den verletzten Kolleginnen und Kollegen gute Besserung. **«Wenn Chaoten die Türen des Polizeifahrzeugs aufreissen und eine brennende Fackel ins Fahrzeuginnere werfen,**

dann ist das für mich mit einem vorsätzlichen Tötungsversuch gleichzusetzen», sagt VSPB-Generalsekretär Max Hofmann und fügt hinzu: «Leider stellen wir schon seit längerer Zeit fest, dass die Brutalität bei Angriffen gegen Polizistinnen und Polizisten massiv zugenommen hat.» Diese Tendenz gilt es mit allen Mitteln zu unterbinden.

*Verband Schweizerischer
Polizei-Beamter*

www.schweizerdemokraten.ch

SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handörgeli oder eine/n Freund/in). **Möchten Sie etwas verkaufen, vermieten, verschenken, tauschen usw?** Rufen Sie uns an und teilen Sie uns Ihr Anliegen mit. Oder schreiben Sie uns per Briefpost/Postkarte; noch besser per E-Mail. Der zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und aussagekräftig sein! Folgende Preise sind für solche Kleininserate vorgesehen: Bis 7 Zeilen kostet es 25 Franken, 8 bis 15 Zeilen (oberste Grenze) kosten 50 Franken. Normalerweise wird im Kleininserat für die Kontaktaufnahme die **Telefonnummer** des/der Auftrag-

gebers/in abgedruckt. Aber andere Kontaktmöglichkeiten sind auch möglich (z.B. Postadresse, E-Mail). Bei ganz persönlichen Dingen ist ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. Wir leiten dann die eingegangenen Briefe an Sie weiter. Bitte Ihre Postanschrift nicht vergessen. Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz, Postfach 8116, 3001 Bern

Tel. 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt möglich auf www.sd-marktplatz.ch

Wer sucht, der findet!

Dienstleistungen

Wir suchen für unsere solventen Kunden:
– Einfamilienhäuser
– Eigentumswohnungen
– Bauland
Telefon 079 454 60 60
E-Mail: gautschi@swissonline.ch

Zu verkaufen

Bio-Knospen Olivenöl und **Schweizer Essig** von Waldkirch SG, Region Ostschweiz,
Telefon 071 244 72 76 oder thomas-fischer@bluewin.ch

Chevrolet Camaro Targa, Automat, Lederausstattung, Klima, Aluräder, Unfallfrei, top Zustand, ab Service und MFK. WIR Anteil möglich, Eintausch und Finanzierung, Fr. 9900.–, Stadt Bern.
Telefon 079 304 74 51

Welcher Sammler sucht **Super-8-Filmgeräte, Kameras, Projektoren, Betrachter, Schneidegeräte, Klebe-**

pressen, Stative, Schwenkköpfe «Miller», Leerspulen verschiedene Grössen. Region Luzern.
Telefon 041 280 52 17

Zu vermieten

Mietwagen, Kleinwagen, Limousine/Kombi, Van, Roller/Motos
Ab Fr. 50.– pro Tag, die Fahrzeuge können pro Tag, Woche oder Monat gemietet werden, Langzeit-Miete möglich, Mercedes A-Klasse, alles dabei, Fr. 700.– pro Monat inkl. Steuer und Versicherungen; für die ganze Schweiz. Region Biel.
Telefon 079 408 69 39

Stellensuche

Ich will arbeiten! Welcher Schweizer Unternehmer ist noch interessiert an einer qualifizierten, tüchtigen Fachkraft? Ich bringe 10 Jahre **Erfahrung als Teamleiterin Backoffice und Stv. des GF** mit. Ich habe eine schnelle Auffassungsgabe, bin vielseitig interessiert und möchte da arbeiten, wo CH-Fachkräfte noch gefragt sind. Gerne wieder im Bürobereich (Assistenz/Sachbearbeitung/Teamleitung). Bin auch offen für neue Aufgaben. Bevorzugt in folgenden Kantonen: AG/BL/BE/SO/ZH. Bin mobil.
Telefon 079 640 44 88
E-Mail: puma20@gmx.ch

Gesucht

Gesucht – günstig oder gratis: Fotos, Postkarten, Prospekte, mit Abbildungen von Menschen, Objekten, Gebäuden, Landschaften usw. für den Abdruck im «Schweizer Demokrat» (Bebilderung von Artikeln). Kontaktadresse:
SD-Sekretariat in Bern. Telefon 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Gesucht Heimarbeit: Div. Arbeiten sind möglich, z.B. montieren, verdrahten, löten, drehen, fräsen, Schildergravuren, kleinere Holzarbeiten, andere Arbeiten auf Anfrage. Ganze Schweiz.
Telefon 044 780 39 37

Kaufe von privat **altes Spielzeug** von 1970: Eisenbahnen, Blechautos, Flieger, Schiffe, Elastolinsoldaten, Dinky Toys, Teddybären usw.
Auch alte Ansichtskarten vor 1950, alte Pfadiabzeichen, Aufnäher usw., Region Zürich.
Telefon 079 643 55 64

Bekanntschaffen

Gemütlicher Berner, 185/85, 50 +, sucht liebe Frau, die sich auch für Politik interessiert, auch Kochen, Reisen, Schwimmen und Liebe sind meine Hobbies. Danke zum Voraus für einen Anruf.
Telefon 079 333 68 68.

Hier könnte Ihr Inserat stehen.
info@sd-marktplatz.ch



Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen

 **SD Schweiz: ordentliche Mitgliederversammlung (Frühlings-Versammlung)**, Samstag 9. Mai 2015, 10.15 bis 15.00 Uhr, Restaurant «Dietiker», Alte Gasse 1, 5034 Suhr.

 **SD Stadt Bern: Höck:** (Bei Vorstandssitzungen sind Gäste stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Post-

auto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-Westside, Haltestelle Säge (von dort etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 031 974 20 10.

Berner Oberland: Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr. Weitere Infos über Tel. 033 822 68 62.

 **Bezirk Baden und Umgebung: Stamm** im Hotel «Winklerried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 056 222 68 72.

 **Lucern-Innerschweiz: Höck** im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Luzern. Jeweils am letzten Donnerstag im Monat ab 20 Uhr (ausser

im August und Dezember). Es ist immer jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof. Infos über Tel. 076 416 17 00.

 **Kantonalsektion St. Gallen: Stamm** am Donnerstag, 29. Januar 2014, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Dufour» am östlichen Ende des St. Galler Hauptbahnhofs. Weitere Infos über Tel. 079 639 06 07, abends.

Der Ständerat gefährdet die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative und missachtet somit den Volksentscheid. Nun soll die Durchsetzungsinitiative Abhilfe schaffen und vors Volk kommen!

Schweizer, haltet den Rücken gerade!

Unter diesem Titel erschien in einer Zeitung ein zweiseitiges Interview mit Geert Wilders (PW = «Partij voor de Vrijheid»), dem niederländischen Rechtskonservativen – die linken Parteien nennen ihn wahrscheinlich rechtsextrem (Bemerkung des Redaktors zur Aussprache: Im Holländischen wird «ij» als «ei» ausgesprochen; also Partij = Partei).

Einleitung

Ich möchte hier ganz klar festhalten, dass die Schweizer Demokraten mit keiner Partei in Europa oder anderswo politische Kontakte oder gar Beziehungen haben, erst recht nicht mit einer rechtsextremen. **Dennoch finde ich, dass viele Aussagen von Geert Wilders in diesem Interview auch in der Schweiz Aufmerksamkeit finden sollten.**

Interview

Interviewer (Int.): Woher kommt Ihre enorme Abneigung gegen Europa, die einem manchmal pathologisch erscheint?

Geert Wilders (GW): Das Wort «pathologisch» lehne ich ab, das klingt wie eine Krankheit. Dabei ist es gesunder Verstand, eine rationale Abwägung.

Nehmen wir das Beispiel Immigration: Eine unserer Forderungen ist, wieder Herr über unsere Immigrationspolitik zu werden.

Neues Mitglied in der Parteileitung

An der schweizerischen Herbstversammlung wurde die 61-jährige Margrit Neukomm aus der Stadt Bern neu in die Parteileitung der SD Schweiz gewählt.



Sie ist von Beruf Bibliothekarin und stammt ursprünglich aus Hallau (SH). Sie möchte sich für die Schweiz als freies, unabhängiges Land einsetzen und es vor noch mehr Masseneinwanderung, Umweltzerstörung und Identitätsverlust bewahren. Zudem ist ihr ein ausgewogener Tierschutz sehr wichtig.

Parteileitung SD Schweiz



Geert Wilders ist einer von mehreren europäischen Vertretern für mehr nationale Souveränität und gegen das EU-Diktat.

Die niederländische Regierung wollte in Europa die Regeln für Familiennachzug verschärfen (Bemerkung des Redaktors: Die Niederlande sind doch in Europa bekannt, dass sie gegenüber Ausländern, auch Farbigen – die aus ihren ehemaligen Kolonien, zum Beispiel Indonesien, Niederländisch-Guayana usw. stammen – sehr tolerant sind). Das ging aber nicht, weil die EU-Kommissarin Malmström über unsere Immigrationspolitik bestimmt. Dabei kennt sie hier niemand und niemand hat sie gewählt. **Sie entscheiden doch auch selbst, wer in Ihrem Haus übernachten darf! (Bemerkung des Redaktors: Die SD warnen also nicht umsonst vor einem EU-Beitritt der Schweiz!)**

Int.: Und wie gedenken Sie als Fraktion (im Europaparlament) vorzugehen?

GW: Alle Parteien, die ich eben nannte (Front National, Schwedendemokraten, Lega Nord, Strache in Österreich), haben gemein, dass sie weniger Europa wollen:

Die Souveränität ihres Landes zurückverlangen, wieder über die eigenen Grenzen und Migrationspolitik bestimmen, das eigene Geld, den eigenen Haushalt, die eigene Aussenpolitik. Christdemokraten, Liberale, Sozialdemokraten und Grüne betreiben schon lange Blockbildung.

Int.: Was denken Sie, sind die Folgen des jüngsten Referendums zur Zuwanderung für die Schweiz?

GW: Ich fände es grossartig, wenn die Schweizer sich nicht einschüchtern liessen von den europäischen Funktionären, die mit allem Möglichen drohen. **(Bemerkung des Redaktors: Leider kennt GW die Duckmäuserei unserer Bundesräte, die sonderbarerweise immer noch «Landesväter» genannt werden, nicht).**

Die EU hat die Schweiz vielleicht noch nötiger als die Schweiz die EU.

Und die Reaktionen sind vor allem deshalb so heftig, weil man Angst

hat, dass nach der Abstimmung in der Schweiz ein Anti-EU-Nährboden entsteht.

Int.: Ist die Schweiz nicht in eine Art Paria-Rolle gerückt?

GW: Absolut nicht! **Ich denke, dass viele Menschen grossen Respekt für die Schweiz haben.** Der Unterschied zwischen der politischen Elite und dieser Vox populi (= Stimme des Volkes) ist, wenn es um Europa geht, riesengross. (Bemerkung des Redaktors: In der Schweiz ist das nicht anders).

Int.: Nehmen wir an, in den Niederlanden oder anderswo würde ein solches Referendum durchgeführt: Was denken Sie, wäre das Ergebnis?

GW: Schauen Sie sich das Wachstum der UKIP (in Grossbritannien), des FN (in Frankreich), schauen Sie in die Niederlande. Ich denke, in sehr vielen europäischen Ländern würde das Ergebnis nicht viel anders sein und das macht den Politikern, den Europhilen in Brüssel und den Mitgliedstaaten, Angst.

Int.: Wie stehen Sie inzwischen zu Ihren Aussagen (gemeint ist die Forderung von GW «Weniger Marokkaner» in den NL)?

GW in seinem Schlusssatz: ...Das Schliessen der Grenzen für Menschen aus islamischen Ländern steht schon seit 100 (in Worten hundert) Jahren in unserem Wahlprogramm. (Bemerkung des Redaktors: Ich halte es allerdings für ausgeschlossen, dass Wilders Partei PVV schon seit 100 Jahren existiert; vielleicht ist das einfach eine Floskel.)

*Dr. Dragan Najman,
e. Grossrat, Baden*

Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat! Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen? Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung? Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:

Schweizer Demokraten SD, Postfach 8116, 3001 Bern
Tel. 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11, schweizer-demokraten@bluewin.ch
Sie können sich aber auch an den Zentralpräsidenten wenden:
Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf, rudolf.keller@bluewin.ch



Des contingents restreints... mais on attend la suite

Le 28 novembre 2014, le Conseil fédéral a décidé de réduire les contingents de main-d'œuvre en provenance d'Etats tiers, c'est-à-dire de pays non membres de l'UE ou de l'AELE. La mesure s'appliquera dès le 1er janvier 2015, pour l'ensemble de l'année. Selon le communiqué officiel, l'Exécutif fédéral «entend ainsi inciter les entreprises suisses à mieux mettre à profit le potentiel offert par la main-d'œuvre indigène». Le contingent d'autorisations de séjour (permis B) et le contingent d'autorisations de séjour de courte durée (permis L) seront ainsi réduits de 1000 unités chacun, soit 4000 permis L (au lieu de 5000), dont 2000 répartis entre les cantons et 2000 alloués à la réserve fédérale, et 2500 permis B (au lieu de 3500), dont 1250 répartis entre les cantons et 1250 alloués à la réserve fédérale. On passe ainsi de 8500 à 6500 au total. Le Conseil fédéral a également ramené de 3000 à 2000 le nombre maximum de prestataires de services provenant de l'UE/AELE admis en Suisse pour une mission dont la durée dépasse 90 ou 120 jours par an et qui ne peuvent se prévaloir ni de l'accord sur la libre circulation des personnes (ALCP) ni de la Conventi-

on instituant l'AELE, seront eux aussi abaissés en 2015. De même, le nombre des autorisations de séjour octroyés aux cantons sur une base trimestrielle a été réduit de moitié de 500 à 250, toujours pour 2015.

Il s'agit des premières mesures de régulation faisant suite à l'initiative populaire contre l'immigration de masse, acceptée le 9 février 2014 comme nous le savons tous. Avec une incitation adressée aux entreprises. Nous y voilà, enfin.

Ces mesures, pourtant minimalistes, ont suscité une levée de boucliers de la part de l'économie. Alors même que l'on nous avait promis, lors de la campagne de la votation du 21 mai 2000, qu'il n'y aurait quasiment plus d'immigration extra-européenne. La «libre circulation» n'aurait jamais été acceptée sans cette promesse, trahie depuis lors.

Qui plus est, les contingents en faveur des ressortissants d'Etats tiers ont été massivement augmentés par le passé, dans une mesure bien plus importante que la modeste réduction décidée en dernier lieu.

En un mot comme en cent, les mi-

lieux hostiles à la régulation de l'immigration exercent une influence certaine. A nous de leur faire comprendre que les choses ont changé. **Donc qu'il faudra désormais appliquer le principe de la préférence nationale.** Si certains mauvais perdants ont besoin de leçons de démocratie, le peuple suisse leur en donnera. A commencer par mettre en échec l'initiative populaire demandant l'abrogation du nouvel article constitutionnel.

Car la situation est d'une gravité exceptionnelle. Selon le rapport publié le 1^{er} décembre 2014 par l'OCDE (Organisation de coopération et de développement économiques), **la Suisse est la première destination d'immigration au monde au pourcentage de sa population, loin devant les pays d'immigration que sont les Etats-Unis, le Canada et l'Australie¹⁾.** Alors même qu'un important chômage sévit dans plusieurs régions de notre pays, que la surpopulation porte des atteintes souvent irréversibles à l'environnement et génère de graves tensions sociales, que les infrastructures sont massivement surchargées et que la crise du logement persiste bien que l'on construise à tour de bras.

Les extra-Européens ont été les oubliés de l'après-votation, le débat étant focalisé sur les relations bilatérales avec l'UE. Il aurait pourtant été possible, dès le lundi 10 février, de décider – le cas échéant par arrêté fédéral urgent – d'interdire le travail au requérants d'asile et aux personnes admises provisoirement (sauf pour les travaux d'intérêt public hors du marché du travail).

De même, le regroupement familial en faveur des extra-Européens est incompatible avec le nouvel article constitutionnel.

A quand des mesures à ce sujet? A quand une *réelle* restriction du droit d'asile? A quand une *réelle* protection de la frontière, avec tous les moyens nécessaires? A quand une *réelle* priorité de nos compatriotes à l'embauche? Bref, les mesures prises le 28 novembre ne font qu'effleurer le sujet. Nous attendons plus et mieux de nos autorités.

DS du canton de Vaud

¹⁾ voir le document «Perspectives des migrations internationales 2014», OCDE, Paris 2014, paru le 1^{er} décembre 2014, pp. 340-341 et 369 (<http://www.oecd.org/fr>).

Suisse: Le naufrage final

Ouf! Les Partis politiques coalisés de ce pays ont évité le pire avec l'échec en votation populaire de l'initiative d'Ecopop sur le bétonnage et l'immigration qui l'engendre. «Economie Suisse» pourra donc continuer de bétonner allègrement (1,3 m² à la seconde ou une maison toutes les 68 minutes!) ce territoire en capilotade! **Grâce, ou plutôt à cause, de la venue d'environ 120'000 immigrés supplémentaires (la ville de Lausanne!) chaque année et qui trouvent instantanément un emploi dans le bâtiment afin de construire leur propre logement pour des salaires de 6000 frs (ou plus) par mois!** Les électeurs de ce pays (on ne sait plus comment les appeler!) après avoir accepté l'initiative contre l'immigration de masse présentée par l'UDC, viennent de rejeter de manière incompréhensible celle d'Ecopop, qui allait dans le même sens, le 30 novembre dernier. Beau

pays, plus pour longtemps, et foutu peuple!

Il faut dire que cette même UDC avait recommandé le NON et les 24% manquants pour l'acceptation font étrangement penser aux scores réalisés ces dernières années par ce Parti aux objectifs indéfinissables et aux prises de positions antinomiques.

Faut-il comprendre que la précipitation avec laquelle ce Parti a lancé son initiative en 2011, alors qu'Ecopop faisait de même, l'a été afin de la prendre de vitesse pour mieux la torpiller ensuite? Que le succès inespéré du 9 février a été une surprise même pour ses dirigeants qui espéraient secrètement... son rejet? Ceci explique leur aberrante consigne de vote à l'égard de l'initiative d'Ecopop du 30 novembre. L'UDC-SVP est une composante im-

portante du système de ce pays et tient une place essentielle dans les milieux économiques. Par contre, **elle ne peut ignorer le mécontentement d'une Partie grandissante du peuple à l'égard de l'immigration démentielle actuelle et de ses conséquences tragiques: mitage du territoire; criminalité; perte d'identité et de souveraineté, etc.** Qui sévit aujourd'hui dans ce pays. Désormais, son rôle consiste à contrôler et canaliser, afin de mieux les neutraliser, les velléités nationalistes renaissantes et de décrédibiliser ultimement les formations politiques, dont la nôtre, qui les représentent depuis plus de 50 ans déjà!

A cet égard, nous constatons un intérêt bienvenu pour notre cher Parti, de la part d'électeurs désappointés par l'attitude machiavélique et perfide de la direction de l'UDC.

Ce Parti n'aura-t-il été que le garde-fou du système? C'est probable et

c'est d'abord et surtout une raison de relancer nos initiatives jusqu'alors étouffées par la machine implacable de la puissante UDC qui, loin de servir des objectifs favorables à la pérennité de l'histoire de ce pays n'a, finalement, que contribué, par ses compromissions, à son asservissement et à son anéantissement final! **Cette malheureuse votation du 30 novembre dernier aura quand-même eu le mérite de nous dessiller définitivement sur les buts inavoués (inavouables) de ce Parti d'usurpateurs et d'imposteurs consommés dans l'art d'abuser irrémédiablement les électeurs désemparés de ce pays.** Qu'ils rejoignent donc, aujourd'hui, les véritables organisations politiques de toujours qui défendent invariablement les valeurs intangibles de cette nation désormais menacée par d'incessantes et mortelles trahisons... et à qui nous proclamons: «Avec nous avant qu'il ne soit trop tard!»

Pierre-Maurice Vernay, président des DS Vaud, Remaufens

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Köniz



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Debatte über Ausschaffungsinitiative: Ständerat missachtet Volksentscheid

Nachdem der Nationalrat die Ausschaffungsinitiative noch wortgetreu umsetzen wollte, spricht sich nun der Ständerat für eine modifizierte Version aus. Demnach sollen hier geborene Ausländer (Secundos) in bestimmten Fällen unabhängig des Tatbestandes nicht automatisch ausgewiesen werden können. Dabei ist von einem sogenannten verstärkten privaten Interesse des Betroffenen die Rede.

Dieses würde somit je nach situativer Betrachtung der Notwendigkeit einer Ausschaffung vorgezogen. **Die Festschreibung einer solchen zusätzlichen Verhältnismässigkeitsklausel ist unnötig und widerspricht dem im Jahr 2010 erfolgten Volksentscheid. Diese Begründungsmöglichkeit erweitert den Spielraum für entsprechende Missbräuche, wonach die Rechtsverantwortlichen letztlich**

auch zwingende Landesverweise umstürzen würden.

Die Schweizer Demokraten (SD) fordern eine Umsetzung der Initiative auf der Basis des ursprünglichen Nationalratsentscheids.

Des Weiteren sollte man das Stimmvolk über die Durchsetzungsiniziativa befinden lassen.

SD-Redaktion

Bevölkerungspolitische Jahresrückblick

2014 sind in der Schweiz zwei wichtige bevölkerungspolitische Volksinitiativen zur Abstimmung gelangt: Am 9. Februar hat das von der SVP eingereichte Volksbegehren gegen die Masseneinwanderung ein bedingungsloses Ja erzielt und am 30. November hat ungefähr ein Viertel der abgegebenen Stimmen Wege aufgezeigt, wie dieses geschehen könnte. Es ist nämlich schon so: Die Schweiz hat ein Problem wegen seines starken Bevölkerungswachstums durch über-grosse Einwanderung. Das Problem dauert schon lange und ist ungelöst. Von selbst wird die Masseneinwanderung nämlich nicht aufhören, weil die Ausdehnung vieler Bereiche durch immer neue Einwanderer zu einem weiteren Bedarf an Personal führt.

Immerhin, erstmals hat eine Volksabstimmung, welche die Beschränkung der Einwanderung verlangt, eine Mehrheit ergeben.

Die Ecopop-Initiative

Das magere Viertel der Stimmen für die Ecopop-Initiative soll uns nicht verdrängen. Trotz Ablehnung erlaubt es, einen Blick in unsere Volksseele zu werfen: Im Hauruckverfahren geht es nicht, Hauruck ist nicht besonders populär! Aber steter Tropfen höhlt den Stein!

Ohne Stopp des Bevölkerungswachstums in der Schweiz wird es auf diesem Territorium keinen wirksamen Umweltschutz geben.

Jedes Lehrbuch der Ökologie lehrt, dass zwei Faktoren den Zustand der Umwelt bestimmen: Materielle Vorgänge und die menschliche Bevölkerungsdichte! Wann endlich

wird die Schweizer Politik diesen Tatbestand einsehen? Wenigstens hat die Ecopop-Initiative dazu beigetragen, dass er diskutiert wurde.

Im Widerspruch zur verlogenen Propaganda wird es wegen des Bevölkerungswachstums wie bisher nie zu einer Besserstellung breiter Bevölkerungsschichten kommen. Echte Lebensqualität bedeutet ja nicht Prasserei in einem materiellen Konsumrausch!

Hauptgrund für den äusserst bescheidenen Erfolg von Ecopop ist übrigens dessen Distanzierung von sogenannten Fremdenfeinden und «Rassisten», darunter einem bekannten Nobelpreisträger (Konrad Lorenz). Ein weiterer Grund sind die sachlich falschen Abstimmungsparolen von sogenannten «Grünen», und zwar sowohl von Linksgrünen als auch Grünliberalen. Sollte die Einsicht dauernd fehlen, gäbe es nur einen Ausgang: Die Katastrophe, sei sie nun kriegerischer, terroristischer, ökologischer oder seelischer Art! Ein verdichtetes Bauen würde dann auch nicht mehr helfen.

Die Masseneinwanderungsinitiative

An der SVP-Initiative ist leider auszusetzen, dass sie keine Zahlen enthält. Es bleibt nur die Hoffnung, der Begriff «Masseneinwanderung» werde nicht dermassen verwässert, dass die Initiative keinen demographischen Einfluss mehr hätte. Zu beachten ist ferner, dass die SVP bei Wahlen im Durchschnitt etwa ein Drittel der Stimmen erhält. **Gut die Hälfte der Ja-Stimmen bei der Initiative stammen also von Kleinparteien wie die SD und – nicht zu vergessen(!) – von Parteunabhängigen.** Die Kommentare in den Medien waren diesbezüglich sehr einseitig.

Übervölkerung als medizinische Problematik

Es geht im Übrigen nicht mehr um Überfremdung. Dieser Zug ist abgefahren. Aber eine zu dichte Bevölkerung, ein zu enges Wohnen, ist nicht nur ökologisch, sondern auch seelisch und psychiatrisch schädlich. In der Ökologie und Umweltpolitik hat sich der Begriff «Dichtestress» durchgesetzt. Er tönt allerdings zu harmlos. In der Medizin werden solche Schäden bisher kaum beachtet, zu heikel und politisch heiss ist offenbar das Thema.

Es ist jedoch unbestreitbar, dass Suchtkrankheiten und kriminelles Verhalten, Ausdruck von Persönlichkeitsstörungen und Neurosen, parallel zur Zunahme der Bevölkerungsdichte häufiger geworden sind.

Das gilt sowohl für Grossstädte als auch übervölkerte Nationen. Daneben sind neue und andere psychiatrische Beschwerden aufgetreten. Ich nenne nur Burnout, ADHS, Autismus, Asperger-Syndrom, Schmerzen ohne nachweisbare organische Grundlage (besonders bekannt bei Invalidenversicherungen) usw. Zum Teil handelt es sich wohl um Altbekanntes mit neuem Namen, aber nicht ausschliesslich. **Es sind alles Folgen eines «Dichtestresses».** Besser wäre eine psychiatrische Bezeichnung, zum Beispiel humanes «Käfighaltungs-Psychosyndrom». **In der vergleichenden Verhaltensforschung bei Tieren sind nämlich Änderungen des Verhaltens durch zu dichte Haltung oder Überpopulation bei Säugern nachgewiesen.**

Dr. med. Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat, Facharzt für
Psychiatrie FMH, Dübendorf